ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wagner, Gert G.

Article

Nicht nur Griechenland, auch die deutsche Wirtschaftspolitik steht vor einer Wende: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2011) : Nicht nur Griechenland, auch die deutsche Wirtschaftspolitik steht vor einer Wende: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 78, Iss. 45, pp. 32-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/152222

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

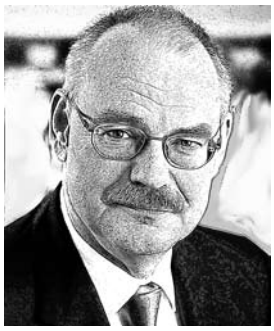
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Prof. Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Nicht nur Griechenland, auch die deutsche Wirtschaftspolitik steht vor einer Wende

Das von Papandreou angekündigte Referendum hatte die mühsam erzielten Beschlüsse des jüngsten EU-Gipfels in Frage gestellt. Zu Recht waren deshalb die europäischen Regierungschefs über das überraschende Vorpreschen verärgert. Inzwischen ist der griechische Ministerpräsident das Opfer der Ränke im eigenen Land geworden. Aber im Grundsatz war Papandreous Vorschlag richtig: Wenn ein souveräner Staat grundlegende Rechte abgibt, und das vor allem an die schwer durchschaubaren Bürokratien der EU und des Internationalen Währungsfonds, dann muss dem zuvor das Volk auch explizit zugestimmt haben – sei es durch ein Referendum oder durch eine Abstimmung bei Neuwahlen. Denn die Stabilität Europas ist nicht allein durch einsame Gipfelbeschlüsse und kalte Verordnungstechnokratie zu erreichen, Europa als politische Idee muss von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert und gewollt werden. Gewiss wäre ein Referendum riskant gewesen, aber es hätte den Griechen die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden, welchen Weg der entbehrungsreichen Sanierung ihres Landes sie gehen wollen. Nach Papandreous Rücktritt ist nun offen, ob es bei einer Politik über die Köpfe der Bürger hinweg bleibt oder nicht.

Wie dem auch sei, die europäische Politik muss die Gipfelbeschlüsse nun rasch und überzeugend umsetzen. Vor allem steht aber Griechenland selbst in der Pflicht. Für das Land ist der ausgehandelte Schuldenschnitt zwar eine Erleichterung. Allein damit ist es aber nicht getan. Die Staatseinnahmen müssen erhöht und die Steuerkraft nachhaltig verbessert werden. Die Privatisierung von Staatsunternehmen sollte vorangetrieben, und auch eine Abschlagssteuer auf griechische Auslandsvermögen könnte in Betracht gezogen werden. Benötigt wird eine effektive Steuerverwaltung. Aber selbst bei optimistischen Annahmen zu Wachstum und Haushaltsdisziplin wird für die Sanierung mehr als ein Jahrzehnt notwendig sein.

Um die Schulden Griechenlands in dieser Zeit auf dem anvisierten Stand von 120 Prozent der Wirtschaftsleistung zu halten, reicht der einmalige Schuldenschnitt nicht aus. Für eine erträgliche Belastung der griechischen Volkswirtschaft sind auch ein niedriger Zinssatz und längere Laufzeiten für die Kredite des Staates nötig. Darüber mögen die Banken klagen, aber sie wissen selbst, dass nicht nur der Schuldner für die Misere verantwortlich ist, sondern auch die viel zu leichtgläubigen Gläubiger. Egal was nun passiert, am Ende zahlen die Banken drauf – und reiche Länder wie Deutschland auch. Das ist nun wirklich einmal alternativlos, denn das Kind liegt bereits im Brunnen.

Der Kern des Problems sind auch nicht die Staatsschulden, sondern die enormen Ungleichgewichte im internationalen Handel. So haben Deutschland und China beim letzten G20-Gipfel versprochen, ihre Binnennachfrage zu stärken. Angesichts all der Hektik der letzten Tage wurde das von den Medien aber kaum wahrgenommen. Gerade das deutsche Wirtschaftsmodell hat erheblich zur Instabilität in der Eurozone beigetragen. Es hat eine exzessive Exportstrategie verfolgt, die durch stagnierende Reallöhne gestützt wurde. Wenn sich die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung nur schwach entwickeln, kommt die Binnennachfrage ebenfalls nicht voran. Man kann dann auch nicht mehr Waren und Dienstleistungen im Ausland kaufen. Wenn aber ein Land immer mehr an Gütern produziert, als es selbst verbraucht, müssen andere Staaten sich zwangsläufig verschulden. Diesen Staaten wurden sukzessive die Wirtschaftsbasis, also die Arbeitsplätze und damit auch die Steuerkraft, entzogen – und in Deutschland häuften sich die Vermögen an.

Das konnte nur eine Zeit lang gut gehen, und diese Zeit ist nun vorbei. Einer der Schuldner ist pleite, und seine Wirtschaft liegt am Boden. Deshalb sind nicht nur die Griechen der Meinung, dass Deutschland die größte Last bei der Behebung der Eurokrise zu schultern habe. Das ist verständlich. Man wird den großen Teil der Bevölkerung in Deutschland von der Notwendigkeit der Hilfen aber nur überzeugen können, wenn vor allem diejenigen herangezogen werden, die von der einseitigen Exportausrichtung profitiert haben. Sie sind leistungsfähig. Und weil ein großer Teil des angehäuften Vermögens ohnehin nicht in Realinvestitionen fließt, wäre eine höhere Besteuerung von Reichtum und hohen Einkommen für die deutsche Volkswirtschaft auch kaum schädlich.

DIW Berlin

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion
Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion
Renate Bogdanovic
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Hendrik Hagedorn
Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Dietmar Edler

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 19 88 88, 14 Cent/min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.